

BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 10/0226
602 - Fachbereich Umwelt			Datum: 05.05.2010
Bearb.:	Frau Birgit Farnsteiner	Tel.: 363	öffentlich
Az.:	602-Farnsteiner/Jung		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Umweltausschuss	19.05.2010
Hauptausschuss	31.05.2010
Stadtvertretung	06.07.2010

Klimapakt für Norderstedt

Beschlussvorschlag

Die Stadt Norderstedt geht einen Klimapakt mit der Norderstedter Bevölkerung ein, um die Fortschritte beim Klimaschutz zu steigern. Die Voraussetzungen dafür sind nach der im Sachverhalt aufgeführten Variante „Verwaltungslösung“ zu schaffen. Die ursprünglich vorgeschlagene Bezeichnung „Prima Klima in Norderstedt“ ist wegen der gegebenen Verwechslungsgefahr zu überarbeiten.

Die erforderlichen Sachmittel in Höhe von 40.000 Euro werden im Zuge eines Nachtrags bereitgestellt.

Die erforderlichen Personalmittel (42 - 54.000 Euro) für eine Stelle des gehobenen Dienstes (30 Wochenarbeitsstunden, zunächst zeitlich befristet auf 1 Jahr) werden durch Aufnahme in den Nachtrag im Stellenplan bereitgestellt.

Sachverhalt

Auf Antrag der GALiN wurde in der Sitzung der Stadtvertretung vom 24.11.2009 unter TOP 6 der Tagesordnungspunkt „Klimapakt für Norderstedt „Prima Klima in Norderstedt“, Antrag der GALiN vom 22.10.2009“ beraten. Die Angelegenheit wurde per Verweisungsbeschluss in den Umweltausschuss verwiesen und dort am 20.01.2010 beraten. Daraus ergab sich ein Prüfauftrag an die Verwaltung, zu dem der Fachbereich Umwelt im Rahmen der Mitteilungsvorlage M 10/0106 Stellung genommen hat. Die Stellungnahme wurde im Umweltausschuss am 17.03.2010 behandelt. Nach Diskussion im Umweltausschuss wurde am 18.03.2010 die Variante Verwaltungslösung mehrheitlich beschlossen:

Eine erste überschlägige Kalkulation der mit einer solchen Kampagne verbundenen Kosten hat für die favorisierte verwaltungsinterne Variante (analog zu Münster) folgendes ergeben:

Sachbearbeiter/in	Fachbereichs-leiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Stadtrat	Oberbürgermeister
-------------------	------------------------	---------------	--	----------	-------------------

	Variante Verwaltungslösung
Zusätzlicher Arbeitsaufwand Verwaltung	30 Std. / Woche
Arbeitsaufwand Verwaltung (Synergien mit bisherigen Aktivitäten)	13 Std. / Woche
Zusätzliche Personalkosten Verwaltung	42 – 54.000 €
Sachkosten	40.000 €

Es wird für die Kalkulation von einer Gesamtdauer von 12 Monaten ausgegangen (6 Monate Vorbereitung, 6 Monate Durchführung). Vor- und Nacharbeiten (wie Auftragsvergaben, Abrechnungen, ...) fallen zusätzlich an, werden hier jedoch nicht näher betrachtet.

Als Sachkosten werden Kosten für Leistungen kalkuliert, die extern vergeben werden müssen, etwa die Gestaltung und der Druck von Informationsmaterialien oder der punktuell hohe Arbeitsaufwand bei Events, der sinnvoller Weise über Honorarkräfte abgedeckt wird.

Die Schätzungen orientieren sich einerseits an der Kampagne aus Münster, andererseits an eigenen Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn mit einer Zielvorgabe für die Selbstverpflichtungen gearbeitet werden soll (diese ist von der Verwaltung nicht eigenständig zu erreichen und bietet immer die Gefahr des Scheiterns), dann sind im Rahmen einer Kampagnenlaufzeit von einem halben Jahr voraussichtlich maximal 1.000 Selbstverpflichtungen erreichbar.

In der Sitzung vom 17.03.10 wurden Zweifel am Verfahren angemeldet, die zu einer Prüfung durch den Fachbereich Recht geführt haben. Der Fachbereich Recht hat dabei folgenden Verfahrensfehler festgestellt: Der Beschluss wurde zu einer Mitteilungsvorlage gefällt.

Daher ist die Vorlage neu als Beschlussvorlage ins Verfahren einzubringen.

Anlagen:

Vermerk des Fachbereichs Recht zur Sitzung des Umweltausschusses am 17.03.2010, TOP 5